

# BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 30-1 vom 15. März 2022

## **Rede der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock,**

bei der Generaldebatte der Kommission für die Rechtsstellung der Frau  
am 15. März 2022 als Videobotschaft:

Eine hochschwangere Frau liegt auf einer Bahre. Ihr bloßer Babybauch ist der winterlichen Kälte ausgesetzt. Um sie herum: ein Bild der Verwüstung, ihre Geburtsklinik in der ukrainischen Stadt Mariupol liegt nach einem russischen Bombenangriff in Schutt und Asche. Jetzt haben wir die Nachricht erhalten, dass die Frau und ihr ungeborenes Kind gestorben sind.

Schätzungsweise 80.000 Frauen werden in den kommenden Monaten in der Ukraine entbinden und viele von ihnen werden kein schützendes Obdach und keinen Zugang zu angemessener Pflege haben. Eine Geburt – was könnte lebensbejahender sein? Für diese Frauen könnte sie jedoch lebensbedrohlich werden. Dies zeigt in aller Deutlichkeit, dass Krisen und Konflikte keineswegs „geschlechterblind“ zuschlagen. Sie betreffen Frauen überproportional. Das gilt auch für den Krieg in der Ukraine. Es gilt für die Konflikte weltweit, von Afghanistan bis in den Sahel.

Und es gilt auch für die andere große Krise unserer Zeit: die Klimakrise. Deshalb ist es so wichtig, dass die Kommission für die Rechtsstellung der Frau den Zusammenhang zwischen Genderfragen und der Klimakrise in umfassender Weise thematisiert.

Für mich gibt es *zwei* klare Botschaften, die von dieser Commission on the Status of Women (CSW) ausgehen sollten: *Erstens* müssen wir die Frauenrechte ins Zentrum unserer Klimaschutzmaßnahmen stellen. Der Klimawandel gefährdet die elementarsten Grundrechte von Mädchen und Frauen: ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit, auf Gesundheit und Bildung. In Dürreperioden sind es die Mädchen, die seltener zur Schule gehen können, weil die Geschlechterrollen ihnen das Wasserholen aufnötigen.

Und je weiter die Wege sind, die sie zurücklegen müssen, desto mehr sind sie auch Gewalt und Missbrauch ausgesetzt.

Der Kampf gegen den Klimawandel ist ein Kampf gegen sich verschärfende Ungleichheiten. „Das Regime denkt, ich sei bloß eine Öko-Spinnerin.“ Das sagte mir letzte Woche eine junge sudanesische Klimaaktivistin. Und sie sagt es zu Recht. Dabei geht es um viel mehr. Es geht um den Kampf zur Bewahrung der Rechte und Freiheiten derjenigen Menschen, die besonders gefährdet sind. Deshalb haben wir im Menschenrechtsrat Position bezogen und uns aktiv für die Anerkennung des Menschenrechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt stark gemacht. Aber ich möchte hier auch eine Warnung anbringen: Wir sollten Frauen nicht als bloße Opfer betrachten, die eines besonderen Schutzes bedürfen. Frauen sind eine – wenn nicht die – treibende Kraft für Veränderungen. Wenn wir ihnen Teilhabe ermöglichen.

Und das ist mein *zweiter* Punkt: Frauen und andere marginalisierte Gruppen müssen gleichberechtigt an Entscheidungsprozessen beteiligt sein! Aus dem einfachen Grund, dass uns das allen zugutekommt! Eine Gesellschaft, in der die Hälfte der Bevölkerung nicht gleichberechtigt mitentscheiden kann, wird ihr volles Potenzial niemals entfalten. Und wenn die Hälfte der Weltbevölkerung ausgeschlossen bleibt, können wir weder dauerhaft den Frieden bewahren noch das globale Klima schützen.

Wir brauchen endlich Geschlechtergerechtigkeit in allen einschlägigen Gremien. Ich bin stolz sagen zu können, dass wir mit Jennifer Morgan, die wir für das deutsche Team bei den Klimaverhandlungen gewinnen konnten, zu diesem Ziel beitragen werden. Gleichberechtigte Teilhabe ist notwendig – und zwar auf allen Ebenen. Das ist das Signal, das von dieser Konferenz ausgehen muss!

Wir wollen, dass die Frauen dieser Welt ihrer Zukunft nicht angstvoll entgegenblicken, sondern sie mit Zuversicht gestalten können – ganz gleich, ob sie in einem dürregeplagten Gebiet Sudans, in einer flutgefährdeten Region von Bangladesch, oder mitten im umkämpften Mariupol in der Ostukraine leben. Wir haben gemeinsam die Pflicht, hierfür zu kämpfen – für sie und für uns.

\* \* \* \* \*